



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Bildungs-, Kultur- und Sportkommission
vom: 6. Oktober 2013
zur Vorlage Nr.: [2013-140](#)
Titel: **Bericht zum Postulat [2011/199](#) von Urs Berger, CVP/EVP-Fraktion:
Einführung des obligatorischen Berufswahlunterrichts auf allen
Mittelstufen (Sekundar I und II inkl. Gymnasien)**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Bericht zum Postulat [2011/199](#) von Urs Berger, CVP/EVP-Fraktion: Einführung des obligatorischen Berufswahlunterrichts auf allen Mittelstufen (Sekundar I und II inkl. Gymnasien)

vom 6. Oktober 2013

1. Ausgangslage

Am 23. Juni 2011 reichte Landrat Urs Berger (CVP/EVP-Fraktion) das Postulat [2011/199](#) betreffend Einführung des obligatorischen Berufswahlunterrichts auf allen Mittelstufen (Sekundarstufe I und II inkl. Gymnasien) ein. Der Vorstoss nimmt Bezug auf die vom Bundesamt für Statistik im Jahr 2010 veröffentlichte Studienerfolgsquote im Ländervergleich, wonach in der Schweiz 72 Prozent der Studienbeginnenden im Tertiärbereich A (Universitäre Hochschulen, Fachhochschulen) ihr Studium erfolgreich abschliessen. Der Regierungsrat wird mit dem Postulat beauftragt, auf allen Mittelschulstufen ab der 7. Klasse bis zur Schulentlassung (bzw. [Berufs-]Matura) den obligatorischen Berufswahlunterricht einzuführen, um allen Jugendlichen in der viel entscheidenden Berufswahl die beruflichen Möglichkeiten und Perspektiven frühzeitig und schulstufengerecht aufzuzeigen. In den Gymnasien und den Berufsmittelschulen soll dabei gemäss Postulat die Begleitung hin zu akademischen Bildungswegen im Vordergrund stehen.

2. Ziel der Vorlage

Die Vorlage soll den Landrat dahingehend orientieren, in welcher Weise heute das Thema Berufswahlunterricht auf der Sekundarstufe I und II an den Schulen des Kantons Basel-Landschaft umgesetzt wird und wo allenfalls ergänzende Massnahmen notwendig sind.

3. Kommissionsberatung

3.1 Organisation der Beratung

Die Vorlage wurde an der Sitzung der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK) vom 6. Juni 2013 behandelt. Folgende Personen waren als Auskunftspersonen sowie zur Beantwortung von Fragen anwesend: Regierungsrat Urs Wüthrich und Beatrice Kunovits, Leiterin des BerufsinformationsZentrums (BiZ) Liestal.

3.2 Beratung im Einzelnen

Regierungsrat Urs Wüthrich betont einleitend, dass der Kanton Basel-Landschaft bezüglich der Berufswahlvorbereitung sehr gut positioniert sei. Ein Grund sei, dass das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung und das Amt für Volksschulen in enger Zusammenarbeit Konzeptarbeit geleistet haben. Die Schulen seien mit den Grundlagen ausgerüstet.

Beatrice Kunovits weist einleitend darauf hin, dass das Postulat von Urs Berger «offene Türen»

einrenne. Mit diesem Anliegen werde auch die Position des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung gestärkt. In den letzten sieben bis zehn Jahren ist die aktive Berufs-, Schul- und Studienwahl auf allen Stufen gefördert worden, insbesondere auf der Primarstufe.

Auf der Sekundarstufe I bestehe kein Handlungsbedarf, ebenso wenig an den weiterführenden Schulen FMS (Fachmittelschule) und WMS (Wirtschaftsmittelschule). Hingegen zeige sich ein Handlungsbedarf an Berufsfachschulen. Dort sei auf die Perspektiven der höheren Berufsbildung oder die Möglichkeit der Berufsmatura 2 hinzuweisen. Auch an Gymnasien werde die berufliche Orientierung im Unterricht und während der Schulzeit immer wieder thematisiert. Angesichts des Bologna-Systems sei dort einer gewissen Orientierungslosigkeit entgegenzuwirken.

Die Kommission stellt zahlreiche Fragen zu Folgen und Konsequenzen bei einem Schulabbruch, zu Kontrollen der Umsetzung der Berufswahlvorbereitung, zur konkreten Umsetzung im Unterricht und möglichen Beratungen oder Betriebsbesichtigungen. Ebenso wird aus der Kommission vorgebracht, dass den Jugendlichen oft der Einblick in die Arbeitswelt oder die Betriebsabläufe fehle.

Nachstehend werden summarisch die Antworten von Beatrice Kunovits aufgeführt:

- Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung sei bei einem Lehr- oder Schulabbruch besonders gefragt.
- Jede Schule hat den Auftrag, ein schulhauseigenes Berufs- und Schulwahlkonzept beim Amt für Volksschulen einzureichen. Es sei auch beschlossen worden, diese Konzepte wieder einzufordern.
- Es ist Aufgabe der Lehrpersonen, die Schüler im jeweiligen Gefäss individuell zu fördern. Schülerinnen und Schüler können auch zur Berufsberatung geschickt werden.
- Es werde gegenwärtig seitens des Amtes für Volksschulen auch überlegt, wie die Umsetzung künftig besser überwacht werden könne.
- Mit den Schulen werde ein sogenannter Berufswahlplan ausgehandelt. Darin werden Aufträge für die verschiedenen Akteure (Schule, Berufsberatung, Eltern, Betriebe) aufgeführt. Darin werde auch gemeinsam vereinbart, wann was (Schnupperlehre, eine Berufsschau, die Berufsberatung, ein Schüler-Eltern-Anlass) gemacht werde.
- Dieser Schüler-Eltern-Anlass zu Beginn der 8. Klasse sei zentral.

Ein Kommissionsmitglied weist klar darauf hin, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler über den gleichen Kamm geschoren werden sollen und auch in der Stufe P gezeigt werden sollte, dass es noch Alternativen zum Gymnasium gebe. Gemäss Beatrice Kunovits bestehe die Herausforderung darin, Automatismen auf der Sekundarstufe P zu vermeiden. Dass dieses Thema nun auch am Gymnasium als wichtig behandelt werde, sei aber bereits ein Erfolg und ein Fortschritt.

Ein Kommissionsmitglied fragt, ob es für Schülerinnen und Schüler, die sich «ausklinken», bestimmte Case-Management-Systeme gebe, mit denen sie evaluiert und besonders betreut werden können. Auf der Sekundarstufe I gebe es für solche Fälle den Schulsozialdienst und eine BWB-Fachperson (BWB = BerufswegBereitung). Mit der BWB solle dafür gesorgt werden, dass auch die leistungsschwächsten Schülerinnen und Schüler nicht aus dem System fallen. Solche Personen dürfe man nicht aus den Augen verlieren, ergänzt Regierungsrat Urs Wüthrich. Und falls dies doch geschehe, gebe es noch das Programm «Wie weiter?».

Schliesslich hält die Kommission in der abschliessenden Diskussion folgende Punkte fest:

- Es müsse stärker überprüft werden, wie Lektionen im Fach Berufswahlunterricht wirklich abgehalten werden.
- Der Handlungsbedarf an den Gymnasien sei glücklicherweise erkannt.
- Im Leistungsprofil P der Sekundarschule müsse die Berufswahlvorbereitung noch verbessert werden.
- Ein Kommissionsmitglied gibt zu Protokoll, dass es sich um eine gute und überzeugende Vorlage handle.

Ein Kommissionsmitglied stört sich daran, dass Postulate oft zu wenig konkrete Antworten liefern. Es werde jeweils ein Handlungsbedarf festgestellt und dann einfach zugesichert, dass bereits seit einiger Zeit verstärkt etwas unternommen werde. Dies sei – wie bei dieser Vorlage – höchst unbefriedigend. Für diese Unzufriedenheit zeigt Regierungsrat Urs Wüthrich allerdings kein Verständnis, zumal der Kanton Basel-Landschaft im interkantonalen Vergleich beim Berufswahlunterricht eine Vorbildrolle habe.

://: Eintreten auf die Vorlage ist für alle Fraktionen unbestritten.

Der Kommissionspräsident lässt abstimmen:

://: Die BKSK beschliesst mit 11:0 Stimmen bei einer Enthaltung Kenntnisnahme des Berichts und stimmt der Abschreibung des Postulats [2011/199](#) mit gleichem Ergebnis zu.

4. Antrag an den Landrat

://: Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat mit 11:0 Stimmen bei einer Enthaltung, vom Bericht zum Postulat Kenntnis zu nehmen und das Postulat 2011/199 als erledigt abzuschreiben.

Reinach, 6. Oktober 2013

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission
Paul Wenger, Präsident

Beilage

– Unveränderter Entwurf des Landratsbeschlusses

Landratsbeschluss

**betreffend Bericht zum Postulat 2011/199 von Urs Berger, CVP/EVP-Fraktion:
Einführung des obligatorischen Berufswahlunterrichts auf allen Mittelstufen
(Sekundar I und II inkl. Gymnasien)**

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Vom Bericht zum Postulat 2011/199 von Urs Berger betreffend Einführung des obligatorischen Berufswahlunterrichts auf allen Mittelstufen (Sekundar I und II inkl. Gymnasien) wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat 2011/199 wird als erledigt abgeschrieben.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Die Präsidentin:

Der Landschreiber: